

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

16.08.2023

Inhalt

EWN

1 Genehmigung für LNG-Anbindung durch die Ostsee: Nachbarstaaten fragen nach <i>Ostsee-Zeitung.de, 15.08.2023</i>	3
2 LNG auf Rügen – „Bankrotterklärung“ der Schwesig-Regierung <i>nordkurier.de, 15.08.2023</i>	5
3 Zwischenlager wird geräumt <i>Mindener Tageblatt, 16.08.2023</i>	6

📄 Ostsee-Zeitung.de | 15.08.2023

👤 Christopher Hirsch

🔗 WEBLINK

LNG-TERMINAL IN MUKRAN**Genehmigung für LNG-Anbindung durch die Ostsee: Nachbarstaaten fragen nach****Stralsund**

Das Genehmigungsverfahren für das umstrittene LNG-Terminal an Rügens Küste schreiten voran. Ein wichtiger Entwurf wird nun veröffentlicht. Nachbarstaaten wie Schweden und Dänemark haben Informationen zum Projekt angefordert. Müssen sie am Verfahren beteiligt werden?

Sollten die Nachbarstaaten Dänemark, Schweden und Polen bei der Genehmigung der Anbindungs-Pipeline für das Rügener Flüssigerdgas (LNG)-Terminal Mitsprache erhalten? Mindestens Dänemark und Schweden haben sich jüngst an Deutschland gewandt und zumindest Informationen zu dem Projekt angefragt. Das teilten die Zuständigen in den Nachbarländern auf Anfrage mit.

Nach der sogenannten Espoo-Konvention müssen möglicherweise betroffene Nachbarstaaten vor der Genehmigung eines Projekts im Rahmen einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung beteiligt werden. Dies ist im Genehmigungsverfahren für die insgesamt rund 50 Kilometer lange Anbindungsleitung durch den Greifswalder Bodden und entlang Rügens Küste bis zum geplanten LNG-Terminal in Mukran nicht passiert. Kein Bedarf, heißt es vom Schweizer Wirtschaftsministerium, weil sich das Vorhaben ausschließlich in deutschen Küstengewässern befindet. Auswirkungen auf das Gebiet benachbarter Staaten seien nicht zu erkennen. Der Gasnetzbetreiber und Vorhabenträger Gascade argumentiert, laut LNG-Beschleunigungsgesetz (LNGG) könne auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung verzichtet werden.

WWF zu LNG-Terminal: Prüfung nach Espoo-Konventionen unabdingbar

Anders sieht es die Umweltstiftung WWF: „Eine umfängliche Umweltverträglichkeitsprüfung, die der Espoo-Konventionen folgt, ist unabdingbar“, schreiben die Umweltschützer in einer Stellungnahme. Erhebliche Eingriffe in die Meeresnatur im deutschen, dänischen, schwedischen und polnischen Naturraum könnten nicht ausgeschlossen werden. Die Konven-

tion greife speziell auch bei großen Pipelines. Der WWF verweist etwa auf die Freisetzung von Nährstoffen durch die Bauarbeiten oder auch die Zunahme des Schiffsverkehrs in Grenznähe in Form der erwarteten LNG-Tanker. Im Fall einer Genehmigung ohne grenzübergreifende Beteiligung riskiere Deutschland eine Normenkontrollklage, warnte Finn Viehberg vom WWF-Ostseebüro.

Schweden fordert Informationen zum Terminal an

Auch der Naturschutzbund (Nabu) MV fordert eine Espoo-Prüfung. Aus Schweden heißt es, man habe durch einen deutschen Verband von dem Projekt erfahren und Informationen beim deutschen Espoo-Kontakt angefragt. Diese seien in Aussicht gestellt worden. Der schwedische Espoo-Ansprechpartner schrieb, man könne bislang nicht beurteilen, ob das Projekt unter die Espoo-Konvention falle. Ähnliches schrieb der für Dänemark zuständige Ansprechpartner: Man habe nach einer E-Mail des WWF den deutschen Kontakt angefragt. Vor einer Antwort aus Deutschland könne man etwaige grenzüberschreitende Auswirkungen und Pflichten zur Beteiligung nicht einschätzen. Eine Anfrage an Polen blieb zunächst unbeantwortet.

Unterdessen nähert sich das Projekt einer wichtigen Genehmigung. Das zuständige Bergamt Stralsund hat mittlerweile einen Genehmigungsentwurf für den ersten Seeabschnitt der Anbindungsleitung fertiggestellt. Dieser verläuft vom Gasleitungsknotenpunkt in Lubmin bis vor die Küste Südostrügens. Der Entwurf soll ab Dienstag für vier Tage öffentlich zugänglich sein. Damit kommt die Behörde einer Informations-

verpflichtung entsprechend des LNG-Gesetzes nach. werden. Das Genehmigungsverfahren für den zweiten
Der Genehmigungsbescheid kann erst danach erteilt Abschnitt läuft.

 nordkurier.de | 15.08.2023

 Andreas Becker

 WEBLINK

BRANDBRIEF

LNG auf Rügen – „Bankrotterklärung“ der Schwesig-Regierung

Binz

Der Widerstand auf der Urlaubsinsel gegen das LNG-Terminal bleibt massiv, die Angriffe auf die Regierungschefin werden sogar noch heftiger. Das hat einen Grund.

Es war offenbar der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Unmittelbar nachdem das zuständige Bergamt Stralsund einen ersten Teil-Genehmigungsentwurf für den Bau der Pipeline, die das geplante LNG-Terminal im Hafen von Mukran auf Rügen mit der Gasanlandestation in Lubmin verbinden soll, öffentlich gemacht hat, flammte der Widerstand in der Touristenhochburg extrem auf.

„Aus fachlicher Sicht sind die Vorhaben nicht genehmigungsfähig“

In einem Brandbrief an Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, der dem Nordkurier vorliegt, bliesen der Binzer Bürgermeister Karsten Schneider und Kurdirektor Kai Gardeja zur verbalen Attacke. „Die Nachricht des Bergamtes ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Vor mehr als einem Monat haben Sie (Manuela Schwesig, d. Red.) sich und damit die gesamte Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern gegen den Bau des LNG-Terminals im Fährhafen von Mukran ausgesprochen. Ein halbes Jahr nach dem öffentlichen Bekanntwerden war dies ein erster Hoffnungsschimmer für die Menschen auf Rügen und insgesamt in MV, der eine Kehrtwende für das Verfahren einleiten sollte“, schreiben Schneider und Gardeja.

Nun aber blickten die Menschen voller Sorge auf die in Kürze vermutlich erste anstehende Genehmigung der Baumaßnahmen. Man habe versucht, die Debatte zu versachlichen und mit ausführlichen Gutachten begleitet, heißt es in dem Brandbrief. „Prof. Dr.-Ing. Bärbel Koppe ist als Kapazität auf den Gebieten Wasserbau und Hydromechanik über die Grenzen von MV an-

erkannt und tätig.

Ihre Stellungnahmen in Bezug auf die Pipeline und jüngst auch den Hafenausbau, die Sie sicherlich kennen, fallen eindeutig aus: Aus fachlicher Sicht sind die Vorhaben nicht genehmigungsfähig“, betonen die Binzer Verantwortlichen.

Genehmigungen würden demokratischer Bankrotterklärung gleichkommen

Dass das Bergamt Stralsund trotzdem eine Genehmigung der Pipeline signalisiere, „macht uns und große Teile der Bevölkerung unseres Landes fassungslos, wütend und geradezu ohnmächtig. Denn dies lässt nicht nur Zweifel an der

Objektivität des Bergamts wecken, sondern offenbart schwerwiegende Bedenken an der fachaufsichtführenden Stelle, dem Wirtschaftsministerium, und damit an der gesamten Landesregierung sowie der Ernsthaftigkeit der Ablehnung des LNG-Terminals“.

Schneider und Gardeja weiter: „Sollten die Genehmigungen tatsächlich erteilt werden, kommt dies einer demokratischen Bankrotterklärung der Landesregierung gleich, die Glaubwürdigkeit der Regierenden in unserem Bundesland dürfte damit massiv in Frage gestellt werden.“

Das schreiben mündet in der Forderung, dass die Landesregierung sich nun endlich geschlossen und in aller Deutlichkeit gegen das Gesamtvorhaben „LNG-Terminal in Mukran“ aussprechen und auch dementsprechend konsequent ihre Genehmigungs-kompetenzen durchsetzen müsse.

📰 Mindener Tageblatt | 16.08.2023 | S. 12

📄 Auflage: 32.871 | Reichweite: 54.908

👤 Sebastian Schwake

Zwischenlager wird geräumt

Bis 2028 sind Atomtransporte von Leese nach Jülich geplant

Leese. Das Land Niedersachsen räumt das Zwischenlager Leese. Die Zeitachse des Umweltministeriums sieht vor, dass bis 2028 alle sogenannten Steyerberg-Fässer nach Jülich gebracht sind, um dort nachqualifiziert und -konditioniert zu werden. Im nordrhein-westfälischen Jülich werden sie nachbehandelt und in für das Endlager Konrad zugelassene Container verpackt. Bislang sind fünf Atomtransporte von Leese nach NRW gerollt. Weitere sind für dieses Jahr geplant.

„Bislang wurden 152 Steyerberg-Fässer von Leese nach Jülich gebracht“, sagt Matthias Eichler im Umweltministerium. Bis 2028 sollen alle der 1.484 Steyerberg-Fässer nach Jülich gebracht worden sein. „Nach momentanem Planungsstand ist der Zeitplan zum Abschluss der Auslagerung der Steyerberg-Fässer aus Leese bis 2028 nicht gefährdet“, sagt der Sprecher.

Zu Beginn der Atomtransporte hatte es ein melde-

pflichtiges Ereignis im Zwischenlager Leese gegeben, als bei der Verladung eines der Fässer dieses aus dem Regal zu Boden gestürzt war und beschädigt wurde. Das Land hatte daraufhin die Atomtransporte gestoppt. Dadurch sei der Zeitplan aber nicht so durcheinandergewirbelt worden, dass er nicht mehr einzuhalten ist. Das Fass wurde seinerzeit nach Ministeriumsangaben „äußerlich beschädigt und als Schutzmaßnahme in ein Überfass eingestellt, radioaktive Stoffe wurden allerdings nicht freigesetzt“.

Seit dem Unfall wird für das Abstapeln der Fässer eine speziell für die Auslagerung der Steyerberg-Fässer entwickelte Absturzsicherung verwendet. Die in Leese lagernden Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen stammen aus der ehemaligen Landessammelstelle in Steyerberg und sind Eigentum des Landes Niedersachsen.